

Entschuldigt fehlt / abwesend

Herr Detlef Levenhagen
Herr Jürgen Eckert

Stadtverordneter
Stadtverordneter

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/06/2022 vom 19.09.2022
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
7. *Neuer TOP 7 :* **2022/103**
Rechtsstreitverfahren der Stadt Ahrensburg gegen die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage Stapelfeld
- Einholung einer Stellungnahme
- Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe
8. Ergänzung des Rathuserweiterungsbaus um eine Tiefgarage **2022/058/1**
9. Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes
10. Annahme einer Zuwendung (Sachspende) für die Stormarnschule **2022/091**
11. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2022 **2022/096**
12. 1. Änderungssatzung der Entschädigungssatzung **2022/019**
13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der neue Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Dr. Toufic Schilling, begrüßt die Anwesenden, stellt sich einmal der Runde vor und eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit mit 12 Ausschussmitgliedern fest.
(Frau Brandt nimmt ab TOP 3 an der Sitzung teil).

3. Einwohnerfragestunde

Anfragen bzw. Anregungen von Einwohnerinnen und Einwohnern werden nicht gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Ausschussvorsitzender Schilling beantragt, dass TOP 7 abgesetzt wird, da die STV am 24.10.2022 ausfällt und schlägt vor, diesen TOP durch die Dringlichkeitsangelegenheit und Tischvorlage 2022/103 zu ersetzen.

Weiterhin schlägt der Vorsitzende vor, TOP 12 zu vertragen, da die Entschädigungssatzung noch nicht final ausgearbeitet ist für den Bereich der Feuerwehr.

Es gibt eine Nachfrage von Ausschussmitglied Levenhagen, die durch Bürgermeister Boege beantwortet wird.

Ausschussmitglied N. Levenhagen beantragt, TOP 8 abzusetzen. Diese Vorlage sei noch nicht endgültig im BPA beraten worden und zu früh für den Hauptausschuss angesetzt worden.

Ausschussmitglied Proske beantragt nach längerer Debatte im Gremium, TOP 8 auf der Tagesordnung zu lassen, aber nicht zu beraten oder zu beschließen, sondern die Vorlage zur Diskussion zu stellen, um den Mitarbeiteraspekt genauer zu beleuchten.

Ausschussmitglied Proske beantragt, einen weiteren nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt aufzunehmen unter Anfragen und Hinweise.

Die Anträge werden wie folgt abgestimmt:

Antrag auf Absetzung des TOP 8:

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 4
Dagegen: 5
Enthaltungen: 4

Antrag auf Änderung des TOP 8 ohne Beschluss / nur Debatte:

Abstimmungsergebnis

Dafür: 12
Dagegen: 1

Antrag auf zusätzlichen nicht öffentlichen Tagesordnungspunktes / TOP 15
Anfragen und Hinweise:

Abstimmungsergebnis:

ALLE DAFÜR

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 04.10.2022 versandten, geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/06/2022 vom 19.09.2022

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

– *Siehe nicht öffentliche Anlage* –

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Boege berichtet über erfolgreiche und laufende Stellenbesetzungsverfahren.

Im Gremium wird ein Teil der zu besetzenden Stellen diskutiert und die Verwaltung wird gebeten, zu überprüfen, ob zahlreiche Bewerbungen auf bestimmte Stellen, die nicht erfolgreich für diese speziellen Positionen waren, gegebenenfalls für andere freie Stellen berücksichtigt werden könnten, wenn das Anforderungsprofil passen sollte und Interesse von Bewerberseite besteht.

Ein Betriebsfest für alle Mitarbeiter der Stadt Ahrensburg wird am 9.12.2022 auf dem Gelände des Bauhofs stattfinden. Die vollständigen Berichte werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Bürgermeister Boege erläutert kurz das Vorgehen der stellvertretenden Bürgermeisterin Behr beim Eilentscheid über die Klageeinreichung der Stadt, der unter TOP 7 behandelt wird.

Er führt weiterhin aus, dass eine Anfrage des Fraktionsmitglieds Röper und die dazugehörige Antwort der Stadt dem Protokoll angehängt sind.

7. Neuer TOP 7 :
Rechtsstreitverfahren der Stadt Ahrensburg gegen die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage Stapelfeld
- Einholung einer Stellungnahme
- Bereitstellung einer überplanmäßigen Ausgabe

Bürgermeister Boege erläutert den Hauptausschussmitgliedern die Tischvorlage, die im Rahmen der Dringlichkeit unter TOP 4 auf die Tagesordnung unter TOP 7, anstelle des alten Tagesordnungspunktes „Vorbereitung STV“, gesetzt wurde.

Der Widerspruch der Stadt Ahrensburg gegen den Bau der Müllverbrennungsanlage Stapelfeld wurde mit Bescheid vom 14.09.2022 vom Land abgelehnt.

Im BPA Ende September wurde dieser Widerspruch rein mündlich bekanntgegeben

Der BPA Anfang Oktober fiel aus. Daher konnte das Thema nun nicht erneut thematisiert werden.

Die Politik hat dann im Umweltausschuss am 11.10.2022 nach neuer Beratung beschlossen, dagegen Klage einzureichen. Im Rahmen einer Eilentscheidung der stellvertretenden Bürgermeisterin nach Einholung der Zustimmung der Fraktionsvorsitzenden ist dies fristwahrend bis 14.10.2022 erfolgt. Eine pflichtgemäße Abstimmung dazu im HA und der STV konnte auf Grund des bevorstehenden Fristablaufs nicht mehr eingeholt werden.

Nun möchte die Verwaltung auf Vorschlag des Umweltausschusses die Erfolgsaussichten der eingereichten Klage von einem Rechtsanwalt einschätzen und die Klagebegründung ausarbeiten lassen.

Die Freigabe der Prüfungskosten durch einen Rechtsanwalt bedarf nach Auffassung der Verwaltung der Zustimmung des Hauptausschusses.

Hauptausschussvorsitzender Schilling moniert die Dauer, die verstrichen ist zwischen dem Zugang des Ablehnungsbescheids und der Unterrichtung der zuständigen Ausschüsse und wünscht sich für die Zukunft einen reibungsloseren Ablauf in derartigen Angelegenheiten.

Ausschussvorsitzender Schilling verliert den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig die Expertise von Umwelt- und Verwaltungsexperten hinzuziehen. Die Ergebnisse sollen dem Umweltausschuss und dem Hauptausschuss vorgelegt werden. Die Experten sind zu dieser Sitzung einzuladen.

2. Für die Expertise werden auf dem PSK 11125.5431010 20.000 € überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung in Höhe von 20.000 € erfolgt bei PSK 61100.4013000 mit Gewerbesteuermehreinnahmen. Aufgrund der Eilbedürftigkeit wird der Bürgermeister hierüber eine Eilentscheidung gem. § 65 Abs. 4 GO zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

8. Ergänzung des Rathuserweiterungsbaus um eine Tiefgarage

Herr Renner, stellvertretender Leiter des FD IV.2., verzichtet angesichts der Entscheidung, den Beschluss nicht zur Abstimmung kommen zu lassen, auf einen Sachvortrag, steht aber für Fragen zur Verfügung.

Stattdessen wird das Thema erneut ausführlich diskutiert, insbesondere im Lichte der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers Stadt Ahrensburg und der Attraktivität des Arbeitgebers Stadt Ahrensburg für Bewerberinnen und Bewerber auf offene Stellen.

Von Verwaltungsseite wird dazu von Bürgermeister Boege, dem Personalratsvorsitzenden Bollmann und der Gleichstellungsbeauftragten Makdissi detailliert Stellung genommen.

Die Vorlage wird zur weiteren Beratung und Entscheidung an den BPA im November abgegeben.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Schilling bestätigen der Bürgermeister Boege und Herr Renner, dass nach Auffassung der Verwaltung eine rechtliche Verpflichtung der Stadt Ahrensburg gibt, ihren Mitarbeitern entsprechende Stellplätze zur Verfügung zu stellen.

Insgesamt herrscht im Gremium Einigkeit über die Bereitstellung von Stellplätzen, allerdings gehen die Meinungen in den Details etwas auseinander. Auf Nachfrage aus dem Gremium bestätigt Herr Renner, dass auch Fahrradstellplätze in die Planung mit einbezogen werden.

Es findet laut Antrag unter TOP 4 keine Abstimmung statt.

9. Stand der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Ausschussvorsitzender Schilling hatte um Beantwortung eines Fragenkatalogs zum Onlinezugangsgesetz durch den FD I.6, Organisation und Digitalisierung, gebeten. Der Ausschussvorsitzende weist auf die Ende 2022 ablaufende Frist zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes hin, wonach die öffentliche Verwaltung ihre Leistungen digital zur Verfügung stellen muss.

Bürgermeister Boege erläutert die Rahmenbedingungen des Onlinezugangsgesetzes und erklärt, dass für alle Kommunen in Deutschland, so auch Ahrensburg leider noch ein weiter Weg zu gehen ist vor Erreichen dieses Ziels. Von über 300 Leistungen biete die beste Kommune in Schleswig-Holstein aktuell 11 Leistungen digital an.

Dies wird im Gremium nochmals unterstützt und zum allgemeinen Bedauern bestätigt. Der Ausschussvorsitzende bittet den Bürgermeister, sich nicht an andere Kommunen zu orientieren, sondern eigene Zielmarken für Ahrensburg auszurufen und diejenigen Maßnahmen schon umzusetzen, für die keine Abhängigkeit von IT-Programmen des Landes oder des Bundes bestehen. Die digitale Terminvergabe reiche im Jahr 2022 nicht aus.

Das Dokument zur Beantwortung des Fragenkatalogs des Ausschussvorsitzenden ist dem Protokoll angehängt.

Frau Ahlers, Fachdienstleitung I.6, war terminlich verhindert und stand dem Ausschuss in seiner Sitzung nicht persönlich zur Beantwortung weiterer Fragen zur Verfügung stehen. Sie hat aber dem Ausschussvorsitzenden vorab angeboten, jederzeit dem Ausschuss auch persönlich in künftigen Sitzungen über das Voranschreiten der Maßnahmen zu berichten. Hiervon möchte der Ausschuss Gebrauch machen.

Der Hauptausschuss begrüßt ausdrücklich jedes Voranbringen der Digitalisierung und u.a. das rasche Umsetzen der Maßnahmen des Onlinezugangsgesetzes.

Weiterhin wird der Wunsch und die Anregung eingebracht, Digitalisierung auf der einfachsten Ebene weiter zu fördern (z.B. Homepage) und zu unterstützen, da es auch hier noch Defizite gibt.

Als Nachtrag weist die Verwaltung auf folgende Homepage hin:

<https://dashboard.ozg-umsetzung.de/>

2022/091

10. Annahme einer Zuwendung (Sachspende) für die Stormarnschule

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Ausschussvorsitzender Schilling verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Sachspende des Schulvereines der Stormarnschule Ahrensburg e.V. sollte angenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2022/096

11. Spendenannahme für das Weihnachtshilfswerk 2022

Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Ausschussvorsitzender Schilling verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Für das Weihnachtshilfswerk 2022 werden über einen öffentlichen Aufruf und Anschreiben an potentielle Spendengeber Geldspenden gesammelt.

Die Geldspenden werden entsprechend der Entscheidung des Kuratoriums und des städtischen Sozialdienstes an bedürftige Ahrensburger Familien und Einzelpersonen verteilt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

12. 1. Änderungssatzung der Entschädigungssatzung

—vertagt—

13. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Ausschussmitglied N. Levenhagen schlägt vor, die Fraktionspostfächer, die derzeit auf Grund des Umbaus temporär nicht zur Verfügung stehen, insgesamt aufzulösen, da alles digital verfügbar ist und im Zweifelsfall mit der Verwaltung vereinbart ist, den Fraktionen Bescheid zu geben, falls etwas postalisch im Fachdienst II.2 hinterlegt sein sollte.

Ausschuss N. Levenhagen bittet nochmals darum, den Bericht des RPH, wie vereinbart, dem Ausschuss alle drei Monate zur Verfügung zu stellen. Bürgermeister Boege erklärt, dass Herr Grindel, Fachbereichsleitung I, im Hauptausschuss im November dazu ausführen will.

Ausschussmitglied Egan sowie weitere Mitglieder des Gremiums möchten eine weitere Aufarbeitung und Weiterführung des Themas Stadtmarketing und Stadtlogo. Die Befürchtung wird zum Ausdruck gebracht, dass das Thema im Behördenlauf stecken bleibt.

Diese Sorge wird vom Gremium allgemein mitgetragen.

Nach längerer, etwas ausufernder Diskussion im Gremium und allgemeinem Unmut bittet Bürgermeister Boege darum, keine weitere öffentliche Diskussion an der Stelle zu führen.

Dies wird vom Ausschussvorsitzenden Schilling unterstrichen und das Thema wird von ihm geschlossen.

Der Bürgermeister bittet zuvor noch um Verschiebung des Themas auf Anfang des nächsten Jahres. Die Verwaltung nimmt die Anfragen und Bedenken des Gremiums auf für die Vorbereitung des Themas im kommenden Jahr.

Ausschussmitglied Proske erinnert an und mahnt nochmals die Überwachung des ruhenden Verkehrs an und die damit einhergehenden personellen Schwierigkeiten. Er bittet die Verwaltung dieses Thema nicht aus den Augen zu verlieren.

Ausschussmitglied Brandt macht darauf aufmerksam, dass die Treppenauf- und -abgänge am S-Bahnhof Ahrensburg in bedenklich schlechtem Zustand sind und regt an, dies im Namen der Stadt und seiner Fürsorgepflicht für die Bürger an die DB heranzutragen.

Vorsitzender

Protokollführerin